

Kommentar zum Konzeptpapier „Ideen und Vorschläge ...“

anlässlich eines Treffens der Bremer Basisgruppe der Europäischen Linkspartei, das am 7.9.2016 im Büro der Partei DIE LINKE in der Friesenstraße stattfand (geringfügig überarbeiteter und ergänzter Text).

In der Einleitung zum Konzeptpapier „Ideen und Vorschläge zur Lösung der europäischen Krise“ erläutere ich zunächst Formen politischer Willensbildung, auf die ich hier erst zum Schluss eingehe. Der Hauptteil des Papiers besteht aus 17 Programmpunkten zur Entwicklung eines „solidarischen, demokratischen und sozialen Europas“, die ich genauer inhaltlich ausgearbeitet habe, um sie als Orientierungshilfen und Materialfundus für die die Entwicklung einer *alternativen europäischen Agenda* zur Verfügung zu stellen.

Zentraler Ausgangspunkt der „Vorschläge“ bildet die Annahme, dass sich die EU in einer tiefgreifenden Systemkrise befindet und das europäische Projekt stark gefährdet, aber noch nicht gescheitert ist. Aufgrund dieser Annahme liegt es nahe, sich für einen grundlegenden Kurswechsel in Europa einzusetzen und all jene Bestrebungen in der Zivilgesellschaft und in den EU-Institutionen zu unterstützen, die mit den 17 Vorschlägen annähernd übereinstimmen oder in eine ähnliche Richtung gehen.

Ein zweiter Ausgangspunkt besteht in der Feststellung, dass sich bislang keine breite Bewegung bemerkbar macht, die genau dies tun könnte: sich für ein stärker postnational und „postkapitalistisch“¹ ausgerichtetes Europa über nationalstaatliche Grenzen hinweg einzusetzen. Ob sich dafür bei uns als *Keimzellen* das bislang sehr wirksame Aktionsbündnis gegen CETA und TTIP, die Kampagnenplattform WeMove. eu oder vielleicht jene große, jedoch unsichtbar gebliebene Bürgerbewegung eignen könnten, die vor einem Jahr eine Willkommenskultur in die Wege geleitet hat und seither engagiert Flüchtlingshilfe leistet, sei hier dahingestellt.

Im Folgenden gehe ich auf sechs Aspekte der insgesamt 17 Programmpunkte ein, die mir besonders kommentarbedürftig erscheinen.

1. Von dem Philosophen Ernst Bloch stammt der Ausspruch „*Auch Utopien brauchen einen Fahrplan*“. Diese Aussage verweist mehr oder weniger direkt auf ein durchdachtes, stufenweises Vorgehen, dem eine alternative Agenda Rechnung tragen muss. Deshalb geht es im *zweiten* Programmpunkt, dem mehrere Schwerpunkte zu einem grundlegenden Strukturwandel in der Union folgen, zunächst um *Steuerpolitik* bzw. um Finanzierungsquellen, die einen solchen Strukturwandel ermöglichen könnten – um die

¹ Die Kennzeichnung „*postkapitalistisch*“ wird hier im Sinne eines rückläufigen Wachstums in den *reichen* Industrieländern bzw. im Sinne einer zunehmenden ökonomischen und sozialen Befreiung aus überflüssigem Wohlstandsballast verwendet. Vgl. dazu Ulrike Herrmann, *Der Sieg des Kapitals. Wie der Reichtum in die Welt kam (...)* Frankfurt/Main 2013 und Niko Paech, *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie.* München 2012

Verschärfung und Erweiterung bestehender Instrumente gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche, darüber hinaus aber auch um Strafzölle gegen Steueroasen und die Einführung von Mindeststeuersätzen in den EU-Mitgliedstaaten (S.11 -16).

Die jüngste Entwicklung scheint diesen alternativen *Ansatz* zu bestätigen: Nachdem am 23.6.2016 in Großbritannien der Brexit beschlossen wurde und dies die EU bislang zu lähmen schien, hat Ende August vollkommen überraschend die Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager trotz vorheriger Einschüchterungsversuche aus dem US-Finanzministerium vom *US-Konzern Apple* 13 Milliarden Euro an hinterzogenen Steuern zurückgefordert. Die Kommission wird jedoch bislang in diesem Vorhaben nicht durch öffentliche Sympathiebekundungen bestärkt, wie man dies etwa vom Europäischen Gewerkschaftsbund hätte erwarten können. Vielmehr wird sie von einem provinziellen Standortdenken der EU-Mitgliedsstaaten, allen voran der deutschen Regierung, in ihrem Vorhaben behindert.²

Im Übrigen wurde der ökonomische Ausgangspunkt einer alternativen Agenda unlängst auch in einem Diskussionsbeitrag von Martin Knaul nahe gelegt, der am 5.9.16 in der TAZ unter folgender Überschrift erschien: *„Gebt den Haushalt frei! Willkommenskultur muss nicht nur gepredigt, sondern auch bezahlt werden. Alles andere spielt nur den Rechten in die Hände.“* Knaul nimmt dabei Bezug auf den 18,5 Milliarden Euro hohen Haushaltsüberschuss, den der deutsche Staat im ersten Halbjahr 2016 erwirtschaftet hat und den nun konservative Kräfte an die Steuerzahler zurückzahlen wollen. Demgegenüber fordert der Autor: *„Wenn wir (...) darüber reden wollen, wie wir den nächsten Haushaltsüberschuss unter Geflüchteten verteilen, müssen wir zuerst über etwas anderes sprechen: die armen Deutschen. Nur wenn ihre Zukunft eine bessere ist, kann auch die Zukunft der Geflüchteten in Deutschland gut werden. Wenn Brot sicher ist und Arbeit, Rente, Würde. Für alle.“* Unter „arme Deutsche“ versteht Knaul Geringverdiener bzw. Menschen mit niedrigen Einkommen, die insbesondere in Ostdeutschland aufgrund ihres geschwächten Status und Gefühls erlittenen Unrechts Ressentiments entwickelt haben, nach Sündenböcken für ihre missliche Lage suchen und für die sich mittlerweile die Rechtspopulisten als vermeintliche Anwälte aufspielen (TAZ 5.9.2016, S.12). Einen ähnlichen Vorschlag äußerte Heribert Prantl von der Süddeutsche Zeitung am 5.9.16 bei Phoenix in der Sendung „Unter den Linden“.

Dieser Grundgedanke muss – ganz im Sinne des Diktums von Bertold Brecht *„Erst kommt das Fressen und dann die Moral“* – auch in einer *tragfähigen* europäischen

² vgl. Kommentar von Eric Bonse in der TAZ vom 3./4.9.2016

Klärungsbedürftig sind allerdings in diesem Abschnitt die Angaben zur Höhe der jährlichen Steuerverluste durch den Standortwettbewerb zwischen den EU-Mitgliedsstaaten: Während auf Seite 11 von 50 bis 70 Milliarden Euro (laut EU-Kommission) pro Jahr die Rede ist, habe ich im Anhang auf Seite 43 eine weitaus höhere Summe – eine Billion Euro (laut Experten des Europaparlamentes) – aus einer anderen Quelle wiedergegeben.

Agenda aufgehen – und wird im vorliegenden Papier vor allem auf den Seiten 25 bis 28 aufgegriffen.

2. Bei den sechs Abschnitten, die sich dem zweiten Programmpunkt anschließen, geht es um Ansätze und Reichweiten einer *europaweiten Flüchtlingspolitik*, die versucht, die Flüchtlingskrise auf humane Weise – aus einer genuin menschenrechtlichen Perspektive – zu lösen. Hervorzuheben sind hier folgende Forderungen:
 - Die bisherige Unterbringung, Versorgung und Integration von Schutz suchenden Menschen soll überwiegend aus dem *Gemeinschaftshaushalt* der Union finanziert werden, womit die Staatshaushalte der Mitgliedsländer entlastet würden (S. 16).
 - Der Widerstand der Mitgliedsstaaten gegenüber der weiteren Verteilung von Flüchtlingen (Kontingent-Regelung) soll durch eine *Regionalisierung der Flüchtlingsaufnahme* und ein *subsidiär orientiertes Anreizsystem* aufgelöst werden: Alle aufnahmewilligen europäischen Städte und Gemeinden sollen sich um den Zuzug weiterer Flüchtlinge bei der EU bewerben und werden bei der Umsetzung ihrer Vorhaben aus einem Fonds unterstützt, der von den Mitgliedsstaaten finanziert wird (vgl. Vorschlag von Gesine Schwan und Hans-Jürgen Urban, S. 16 f.).
 - Deutschland soll sich innerhalb der nächsten zwei Jahre zur Aufnahme von 300.000 bis 500.000 Syrern bereit erklären und alle Kriegsflüchtlinge außerhalb der bestehenden Asylverfahren aufnehmen. Damit kann den Erpressungsversuchen der türkischen Regierung ein Ende bereitet werden (S.19 unten, S.20).
 - Die Union soll ihr 2015 vereinbartes Umsiedlungsprogramm – die Verteilung von 160.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien auf die EU- Staaten – endlich umsetzen (S.17 und S. 21).
 - Deutschland und die EU-Staaten sollen legale Zugänge zu Europa ermöglichen und alle weiteren Flüchtlinge gemeinsam aufnehmen, die aus Syrien, dem Irak, Afghanistan sowie aus afrikanischen Ländern nach Europa gelangen (S.18).

Dieser Forderungskatalog könnte sich, würde er sofort eins zu eins und losgelöst von den übrigen Empfehlungen umgesetzt, unter den gegebenen Umständen als überaus *kontraproduktiv* erweisen, weil dies auf breite Ablehnung in der europäischen Bevölkerung und den politischen Parteien stoßen würde, die vor allem dem stetig wachsenden Rechtspopulismus in Europa geschuldet ist. Zugleich aber gibt es auch ernsthafte Bedenken wie etwa der Einwand, dass von solchen Maßnahmen weitere *Sogwirkungen* auf potenzielle Auswandererländer ausgehen könnten.

Eine seriöse Entgegnung im Sinne der hier wiedergegebenen Forderungen muss sich deshalb auf diese Argumentation einlassen. Dazu können folgende Gesichtspunkte beitragen:

Erstens die Berücksichtigung bestehender *Disparitäten* zwischen den reicheren und ärmeren Mitgliedsländern, die zusätzlich zu den bereits vorhandenen konfessionellen und nationalistischen Voreingenommenheiten eine großzügigere Aufnahme von Flüchtlingen verhindern und deshalb so bald wie möglich abgebaut werden sollten.³

Zweitens der Bezugspunkt *universell geltender Menschenrechte*, die auch in *europäischen Rechtsnormen* festgehalten sind⁴ und auf deren eklatante Verletzung im Zusammenhang des EU-Türkei-Abkommen hingewiesen wird (S.20). Hier wäre einzuräumen, dass zwischen *Anspruch* und *Wirklichkeit* auf unabsehbare Zeit ein mehr oder weniger starkes *Missverhältnis* bestehen wird, solange sich kein *unbegrenzter* Zugang zu Europa auf Dauer sicherstellen lässt.

Drittens die menschliche *Empathiefähigkeit*, die den Schluss nahe legt, dass wir uns selbst in vergleichbaren Notlagen nicht oder kaum anders verhalten würden als all jene, die bei uns Schutz vor Krieg, Verfolgung, Unterdrückung und Verarmung suchen. Unter diesem Gesichtspunkt könnte überlegt werden, wie sich „Willkommenskulturen“ in Europa verbreiten und ausbauen lassen.

Viertens die positiven Folgen, die *legale Zugänge* für flüchtende Menschen und für das Ansehen Europas in der Welt nach sich ziehen würden: kein Massensterben mehr auf hoher See, keine Ausbeutung und Traumatisierung durch kriminelle Schlepperbanden, kein lang anhaltendes Elend in Notunterkünften ..., stattdessen unbürokratische Registrierungen bei der Ankunft auf Flughäfen, schnellere Familienzusammenführungen sowie Umwidmung von Geldern zur Abschottung und Grenzsicherung in den Ausbau geeigneter Infrastrukturen, Unterbringungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge ...

Fünftens das *wohl verstandene Eigeninteresse*, das man ggf. mit einer großzügigeren Aufnahme von Flüchtlingen bei uns und in Europa verfolgen würde: Dabei geht es zwar auch um *europäische Standortinteressen* – die Erwartung, dass Immigranten etwa zur Behebung des Fachkräftemangels, Belebung der Konjunktur oder angesichts der demografischen Entwicklung zur Aufrechterhaltung der gesamtwirtschaftlichen Leistung beitragen könnten. Aber viel mehr noch handelt es sich dabei um langfristig wirksame *Win-Win-Beziehungen zwischen armen und wohlhabenden Ländern*, die dabei helfen, die Ursachen von Migration zu beseitigen.

³ Vgl. dazu den zehnten und elften Programmpunkt, S. 25 ff. und Anmerkungen im Anhang auf S. 41

⁴ Wie etwa in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarates (1950), der Genfer Flüchtlingskonvention (1951) und Europäischen Grundrechtecharta (2000)

Darauf gehen die beiden Abschnitte auf Seite 22 und 23 näher ein: wie sich durch *präventive* Maßnahmen künftige Migrationsbewegungen einschränken lassen. Sie beziehen sich auf die *ökonomische und soziale Stärkung der Auswandererländer* und zwar durch europäische Ausbildungsoffensiven mit Rückkehrverpflichtungen⁵ und grundlegende Neuorientierungen in der europäischen Wirtschafts-, Außen- und Entwicklungspolitik, die sich fortan an den zentralen Maximen „*Weniger nehmen*“, „*Mehr geben*“ und „*Fairer handeln*“ orientieren müssen (S.23 f.).

3. Zur Strategie einer größeren Durchlässigkeit nach außen gehört gleichzeitig das Vorhaben, die europäischen Binnenverhältnisse zu konsolidieren. Damit befasst sich der *elfte* Programmpunkt. Hier wird unter dem Stichwort „*Sozial- und Wohlfahrtsunion*“ auf ein Leitbild hingewiesen, das sich gegen den vorherrschenden Wettbewerbsföderalismus wendet, worauf sich auch schon der vorhergehende Abschnitt bezieht (S.25). Mit diesem Leitbild wird der eingangs formulierte Grundgedanke erweitert: Ohne einen *Lastenausgleich* bzw. ohne *Abbau extremer sozioökonomischer Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten* ist keine Weiterentwicklung der europäischen Einigung und keine größere Durchlässigkeit nach außen möglich. Daraus folgt aber zugleich, dass Deutschland eine Senkung seiner Export- und Leistungsbilanzüberschüsse in Kauf nehmen muss (vgl. S.26 unten).

Nebenbei bemerkt: Am 24.6.16, postwendend nach dem Briten-Referendum, veröffentlichten der SPD-Chef Sigmar Gabriel und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz einen 10-Punkte-Plan unter der Überschrift *Europa neu gründen*, der hier *teilweise* ähnlich argumentiert. Dort heißt es zur Weiterentwicklung des europäischen „Stabilitäts- und Wachstumspaktes“:

„Ökonomische Prosperität und soziale Gerechtigkeit bilden die Grundlage einer starken Union nach Innen und Außen. Wir müssen dazu kommen, die Wachstumskomponente des Paktes innerhalb und außerhalb der Eurozone zu stärken. Dazu gehört, die beschämend hohe Jugendarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen“ (vgl. S.5 f. und 9)

4. Zu den beiden folgenden Programmpunkten hier nur zwei kurze Anmerkungen:
 - Der bislang strikte *Austeritätskurs* der EU (vgl. S. 27) scheint sich offenbar inzwischen ein wenig zu *lockern*, nachdem Ende Juli die EU-Kommission darauf verzichtete, Geldstrafen gegenüber den beiden Defizit-Ländern Spanien und Portugal zu verhängen, die beide die Vorgaben für Neuverschuldungen in Höhe von 3 Prozent

⁵ Dieser auf Seite 22 geäußerte Vorschlag zur Konzeption eines europaweiten Einwanderungsgesetzes beruht ausnahmsweise auf einer eigenen Überlegung, für die ich keine weiteren „Kronzeugen“ angeführt habe.

des Bruttoinlandsproduktes deutlich verfehlt hatten. Damit wurde erstmals dem „*sparwütigen Schäublerismus*“ in Europa ein Riegel vorgeschoben.⁶

- Unter dem 13. Programmpunkt „*Umwandlung von Staatsschulden in sozial- und umweltverträgliche Investitionen*“ (vgl. S.28) wird ein Vorschlag zur Lösung der europäischen Krise vorgestellt, der zusätzliche Handlungsspielräume auf *bilateraler* Ebene aufzeigt und den es deshalb genauer zu überprüfen gilt. Dabei handelt es sich um eine *unorthodoxe* Idee, die bislang zu wenig beachtet wurde und offenbar wieder in Vergessenheit geraten ist.
5. Die Abschnitte zur Energie- und Nachhaltigkeitswende (S.29 bis 35) möchte ich im Vergleich zu der am 6.9.2016 verbreiteten „*Grünen Erklärung zur Zukunft der EU*“ vorstellen. Dort finden sich mehrere Aussagen, die mit einigen unter dem 14. und 15. Programmpunkt zusammengestellten Forderungen übereinstimmen. Zitat aus dem Abschnitt „*Unser Green New Deal für Europas Zukunft*“:

„Wir streiten für eine europäische Klima- und Energieunion mit ambitionierten Zielen bei Erneuerbaren, Emissionsminderung und Energieeinsparung sowie für hohe Umweltstandards als Innovationstreiber. Dabei muss die EU auch ihrer Verantwortung zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens gerecht werden (...) Nur auf Basis von Wissenschaft und Fortschritt wird es gelingen, die Innovationen zu entwickeln, die Europa für mehr Fortschritt braucht. Wir brauchen eine europäische Industriestrategie, die auf Ressourcen- und Energieeffizienz, Digitalisierung, neue Produktionstechnologien und Kreislaufwirtschaft setzt.“

Weiterhin ist von folgenden anstrebenswerten Zielen die Rede:

- die Finanzierung einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft („low-carbon economy“), verbunden mit einer verstärkten Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten,
- die konsequente Neuausrichtung der Agrar- und Ernährungspolitik durch Investitionen und Weichenstellungen für die Verbreitung einer regional verankerten, bäuerlich-ökologischen und tierfreundlich orientierten Landwirtschaft,
- die Vereinbarung eines „europäischen Digitalpaktes“, der auf eine soziale und ethisch verträgliche Digitalisierung und Automatisierung setzt. (vgl.7)

So weit, so gut. Mein Kapitel zur „Nachhaltigkeitswende“ unterscheidet sich jedoch von dieser Erklärung darin, dass dort auch von „einer Ökonomie des Teilens und Prosumierens, der Gemeingüter, der Reparierbar- und Langlebigkeit von Gütern“, von „Suffizienz-

⁶ Vgl. TAZ vom 28.6.2016, S.8 und den auf S.12 wiedergegebenen Kommentar von Kai Schönberg „Gegen den Schäublerismus“

und Subsistenzstrategien“ und vom „ökologischem Maßhalten, Ausbau der Eigenproduktion und Selbsthilfe“ die Rede ist. Dies alles sind Stichworte, die aus dem Umkreis der *Postwachstumsökonomie* stammen und die dem Wachstumsverständnis, wie es im *Green New Deal*-Konzept artikuliert wird, aus mehreren Gründen klar *zuwiderlaufen*.⁷

Auf Seite 8 weise ich darauf hin, dass solche *Widersprüchlichkeiten* in aller Deutlichkeit aufgezeigt werden sollten. Mittlerweile erscheint mir aber das von mir zum Nachhaltigkeitsproblem zusammengestellte „Kompositum“ unzureichend zu sein. Denn angesichts der deutlich spürbareren *Grenzen des Wachstum* entsteht erheblicher Klärungsbedarf bei der Frage, wie ein zielgerichtetes, auf grundlegende *Selbstbegrenzungen* hinauslaufendes Wirtschaftswachstum in die Wege geleitet werden kann und damit in den reicheren Industrieländern Lebensstile gefördert werden können, die sich am ökologischen Maßhalten und an konsequenteren Nachhaltigkeitsanforderungen orientieren. Wie also könnten die bisherigen „Nischen“ der Postwachstumsökonomie zu wirksameren gesellschaftlichen „Sektoren“ mit hoher Lebensqualität ausgebaut werden?

Oder auf ein konkretes Beispiel bezogen: Wie lässt sich das *extreme Wachstum des Flugverkehrs*, des klimaschädlichsten Verkehrsmittels unter allen Fortbewegungsarten, in Europa bremsen? Die Umweltorganisation ROBIN WOOD hat dazu im Mai dieses Jahres vorgeschlagen, die Flugindustrie ebenso hoch wie andere Verkehrsmittel zu besteuern und damit das Billigfliegen zu unterbinden. Gleichzeitig aber soll der Nachtzugverkehr, den die Deutsche Bahn AG demnächst einstellen will, vor dem Aus bewahrt und das deutsche Schienennetz mit einem professionell entwickelten Nachtzugnetz für ganz Europa verknüpft werden. Damit wendet sich ROBIN WOOD zugleich gegen die bei manchen Grünen aufkeimende Illusion vom ökologischen Fliegen: Die im Pariser Klimaabkommen unberücksichtigt gebliebene Flugindustrie könne – Zitat – bald „für unser Überleben gefährlicher werden als Atomenergie, Kohle und Brandrodungen“⁸

⁷ Maßgebliche Kritikpunkte am Green New Deal-Konzept („Grünen Kapitalismus“) sind vor allem die so genannten *Rebound-Effekte*, wenn höhere Effizienz, mit der Energie und Ressourcen eingespart werden, einen steigenden Verbrauch nach sich zieht; die *kontraproduktiven Folgewirkungen technischer Innovationen*, durch welche die zunächst angenommene Umweltverbesserungen wieder zunichte gemacht werden sowie der *Raubbau an Rohstoffen*, der sich im Zuge der Ausbreitung einer digitalen Wirtschaft (bzw. dem so genannten „Internet der Dinge“) noch erheblich steigern wird. Außerdem zeichnet sich mit dem Szenario „Industrie 4.0“ ein Entwicklungssprung in der Arbeitsproduktivität ab, der sich nur durch ein „nie dagewesenes Wirtschaftswachstum“ mit entsprechend unheilvollen Folgen auffangen lässt (vgl. Niko Paech, *Jenseits des Wachstums*, Gastkommentar zur Zukunft der Arbeit im Weser Kurier vom 8.9.2016)

⁸ Monika Lege (Verkehrsreferentin bei ROBIN WOOD), *Entbären wir uns?*, Rundschreiben vom 27.5.2016.

lunapark 21, Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie, *Stoppt das Nachtzug-Aus!* Extraausgabe 12/13, Michendorf 2016,

Manfred Kriener, *Grüner Himmel*. Die Illusion vom ökologische Fliegen, *Le Monde diplomatique* August 2016

Meiner Ansicht nach sollten solche unbequemen, insbesondere die „umweltbewusste Mittelschicht“ betreffenden Sachverhalte gerade in einer *partiunabhängigen* Agenda angesprochen werden, die auf keine Wählerschichten Rücksicht nehmen muss. Dazu gehört auch der vom *Bundesumweltamt* ermittelte Befund, dass der CO₂-Verbrauch in dem Maße steigt, wie sich die Einkommen erhöhen. Gestiegene Einkommen würden dann in schwerere Autos, größere Wohnungen und häufigere Flugreisen investiert (vgl. René Hamann, *Arm, aber gut für das Klima*, TAZ 15.8.2016).

6. Wie könnte es nun aber mit der Entwicklung und Verbreitung einer europäischen Agenda weitergehen?

Zum Aspekt der weiteren *inhaltlichen Arbeit* möchte ich noch einmal das Stichwort *unorthodoxe* oder *unbequeme* Ideen aufgreifen. Diese gilt es wie den eben genannten Vorschlag von ROBIN WOOD in einen differenzierten Agenda-Entwurf einzuarbeiten, insoweit es sich dabei um tragfähige Vorschläge oder produktive Denkanstöße handelt. Dazu gehören vor allem auch Vorschläge, in denen verschiedene Programmpunkte so miteinander verknüpft sind, dass sich daraus *positive Synergieeffekte* ergeben können.

In diese Richtung geht ein unter dem Titel „Macht sie zu Energieberatern!“ von Hartwig Berger veröffentlichter Vorschlag, auf den ich kürzlich in der TAZ gestoßen bin: Zitat:

„Für eine direkte Kooperation mit Kommunen hat die EU-Kommission bereits Vorarbeit geleistet mit dem ‚Konvent der Bürgermeister für Klimaschutz und Energie‘, dem inzwischen 6.000 Gemeinden – von kleinen Dörfern bis zu Städten wie Rom, Madrid, Berlin – angehören. (...) Dieses kommunale Netzwerk kann die EU nutzen, um vor Ort lebende junge Frauen und Männer in bezahlte Klimaschutzaktivitäten einzubinden. (...) Allen Kommunen der EU wird eine Grundausbildung junger Arbeitsloser zu Energieberater/inne/n angeboten. Dabei geht es um Einsparungen und Effizienz, aber auch um die Nutzung erneuerbarer Energien und die Bildung von Genossenschaften, die diese Aufgaben gemeinschaftlich angehen.“ (TAZ, 5.7.2016, S. 10)

Dieser Vorschlag könnte sowohl zum *Klimaschutz* als auch zur *Einschränkung der Jugendarbeitslosigkeit* beitragen und erweitert im Übrigen Gesine Schwans Forderung, dass die EU Kommission bei der Integration von Flüchtlingen stärker mit Kommunen zusammenarbeiten sollte.

Neben solch *kreativen* Vorschlägen sollten in die Agenda aber auch „*gängigere*“ Forderungen Eingang finden, die bereits gut begründet und von einem breiteren Konsens über Parteigrenzen hinweg getragen sind. Dazu gehört sicherlich auch die Forderung, dass das Europäische Parlament als bislang einzige direkt gewählte EU-Institution das Recht erhält, eigene Gesetzesvorschläge einzubringen. Doch sollten im Unterschied zur o.g. *Grünen Erklärung*, die auf S.4 das Parlament als „*alleinige parlamentarische Vertretung*“ definiert, auch die Chancen und Möglichkeiten einer „*zweiten Kammer*“ in den Blick genommen werden, in der, wie ich bereits in meinem Vorwort hervorhob, die Interessen der *europäischen Regionen* zum Zuge kommen. –

Die „Ideen und Vorschläge“ habe ich zu einem Zeitpunkt ausgearbeitet, als sich die schriftlichen Willensbekundungen zu einzelnen Missständen in der Union in überraschend kurzen Zeitabständen häuften. Kurz nach Abschluss des Textes verbreitete auch

die Menschenrechtsorganisation *Pro Asyl* einen offenen Brief an die Bundeskanzlerin mit einer fundierten Kritik am EU-Türkei-Abkommen, den die Mitglieder und Mitstreiter/innen mit eigener Unterschrift an Angela Merkel senden sollten. Leider ließ sich diese erst im Juni 2016 durchgeführte Initiative in die Auflistung offener Briefe nicht mehr aufnehmen (vgl. S.5 und 6). –

Nun kann man über die Wirkungslosigkeit solcher Initiativen weiterhin lamentieren, obgleich ich mich zu ihrem politischen Stellenwert in der Einleitung bereits ausführlich geäußert habe. Demgegenüber interessiert mich mehr die Frage, was man nun mit dem mühsam erarbeiteten Agenda-Material anfangen könnte und ob sich hierfür geeignete Formen für weitere Umsetzungen und Vermittlungen auffinden lassen.

Kurz vor dessen Verbreitung entstand der Eindruck, dass der Forderungskatalog auch wie ein „*Wahlprogramm*“ mit vielen guten Vorsätzen anmuten könnte. Dazu fiel mir inzwischen Folgendes ein: Die einzelnen Programmpunkte lassen sich womöglich auch als *Wahlprüfsteine bei den nächsten Europawahlen* verwenden, wenn man sie aus *parteiunabhängiger* Perspektive noch knapper und prägnanter abfassen würde.

Eine andere Idee, die mir inzwischen in den Sinn gekommen ist, geht über die auf S.8 geäußerten Vorschläge hinaus: Der Einfluss konstruktiver Ideen zur Lösung der europäischen Krise könnte womöglich erhöht werden, wenn etwa die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, das Institut Solidarische Moderne (bzw. weitere kritisch-alternative Thinktanks), verschiedene NGO's aus unterschiedlichen Sparten (Menschenrechte, Ökologie, Gesundheit, Dritte Welt usw.), das Netzwerk Attac sowie die Internetplattformen campact und wemove.eu *gemeinsam ein Büro für deutsch-europäische Angelegenheiten* mit einem Expertenteam einrichten würden, das umgehend auf konkrete Entwicklungen – wie etwa auf das anfangs erwähnte Vorhaben der Wettbewerbskommissarin – in Form *pointierter Pressemitteilungen* und *zielgruppenorientierter Stellungnahmen* zu reagieren vermag – und dies dann womöglich sehr zeitnah und noch viel häufiger, als dies bei offenen Briefen möglich ist. Damit würden kritische Bilanzen und Alternativvorschläge zur Europapolitik nicht nur *ex post* vorgestellt, wie etwa bei den Memoranden der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und Jahrbüchern anderer Thinktanks, sondern *ad hoc* oder sogar *ex ante* eingebracht. Ein Vorteil solch *intervenierender* Öffentlichkeitsarbeit bestünde vor allem darin, dass sie viel stärker von „*teilnehmenden* Beobachtungen“ ausgehen und sich nicht mehr darauf beschränken würde, die jeweiligen politischen Vorgänge aus distanzierter Beobachterperspektiven kritisch zu kommentieren. Für solche *direkte Interventionen* in das politische Tagesgeschäft gibt es übrigens ein gutes Beispiel, das hier als Anregung aufgegriffen werden könnte: die regelmäßig erscheinenden Stellungnahmen des Europaabgeordneten Sven Giegold ...

Martin Zülch, Bremen, 25.9.2016